

II= 2456 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1237 W

1981-05-22

A N F R A G E

der Abgeordneten DR. STIX, DR. FRISCHENSCHLAGER, GRABHER-MEYER
an den Herrn Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten
betreffend grenznahe Atomkraftwerke der CSSR

Schon in der Beantwortung der schriftlichen Anfrage 994/J, aber auch in der parlamentarischen Fragestunde vom 7.5.1981 hat der Herr Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten eingeräumt, daß noch keine formellen Verhandlungen zwischen der CSSR und Österreich bezüglich der grenznahen Atomkraftwerke Bohunice, Dukovany, Mochovce und Malovice stattgefunden haben, weil in den bereits drei Jahre dauernden Vorgesprächen noch keine Möglichkeit zur Behandlung der Haftungsfrage im Falle von Schäden auf österreichischem Hoheitsgebiet gefunden werden konnte. Er sprach vielmehr die Befürchtung aus, daß "die Verhandlungen noch bedeutende Zeit brauchen werden".

Außerdem scheint der Herr Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten die Verhandlungsposition Österreichs aus völkerrechtlicher Sicht nicht besonders günstig einzuschätzen, wenn er ausdrücklich betont, daß es keine Haftungsverpflichtung bzw. keinen Haftungsrahmen auf der Basis der Gegenseitigkeit gebe.

Die Unterzeichneten begrüßen zwar die österreichischen Bestrebungen zur Einsetzung einer Arbeitsgruppe innerhalb der IAE0 zur multilateralen Regelung der Probleme von grenznahen Atomkraftwerken, geben jedoch zu bedenken, daß dieser Vorstoß allein ein konsequentes Vorgehen zum Schutz der österreichischen Bevölkerung vor den Risiken grenznaher Kernkraftwerke nicht ersetzen kann.

Wie die unterzeichneten Abgeordneten in Erfahrung bringen konnten, sind jedoch derzeit intensive Gespräche zwischen Vertretern der Österreichischen Elektrizitätswirtschafts-AG (Verbundgesellschaft) und den mit der Planung und Errichtung des 4000-Megawatt Atomkraftwerks Malovice bei Budweis befaßten

-2-

tschechoslowakischen Stellen im Gange. Ziel dieser Beratungen ist der möglichst rasche Abschluß eines langfristigen Liefervertrages von Elektrizitäts-Grundlast aus dem AKW Malovice. Daß diese Gespräche negative Konsequenzen auf die Bestrebungen des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, mit der CSSR eine Vereinbarung über die Minimierung der Schäden von Auswirkungen grenznaher AKW herbeizuführen, haben werden, läßt sich wohl nicht von der Hand weisen.

In diesem Zusammenhang richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten die

A n f r a g e :

1. Wann wurden Sie von der Verbundgesellschaft bzw. vom Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie über die Verhandlungen zum Import von Elektrizitäts-Grundlast aus dem AKW Malovice bei Budweis unterrichtet ?
2. Wie weit sind diese Verhandlungen Ihres Wissens nach bereits gediehen ?
3. Wurden zu diesen Import-Verhandlungen auch österreichische und tschechoslowakische Experten jener Verhandlungsdelegationen beigezogen, die seit ca. drei Jahren über die Auswirkungen von grenznahen AKW beraten ?
4. Welche Konsequenzen ergeben sich aus diesem Sachverhalt für Sie als Ressortverantwortlicher für die bisher noch informell gebliebenen Vorgespräche zwischen Österreich und der CSSR zur Minimierung der möglichen Auswirkungen grenznaher AKW ?